

US-WAHLEN: GLOSSAR

DIE WICHTIGSTEN FACHBEGRIFFE DER US-WAHL.

Air War/Ground War:

Fernsehwerbung gilt in den USA immer noch als das zentrale Wahlkampfinstrument. Die Auseinandersetzung mit Hilfe von TV-Spots nennt man auch „*air war*“. Sie ist teuer und zielt auf ein möglichst großes Publikum. Beim „*ground war*“ hingegen versucht die Kampagne mit Hilfe von Freiwilligen, ausgewählte Wähler direkt zu überzeugen. Dazu gehen Sie entweder von Tür-zu-Tür (*canvassing*) oder suchen das telefonische Gespräch.¹

Basisdemokratie:

Als Basisdemokratie werden verschiedene Formen von direkter Demokratie bezeichnet. Basisdemokratie beschreibt die unmittelbare Beteiligung der politischen Basis an der Willensbildung und Entscheidungsfindung einer Organisation oder Gemeinschaft.² Seit 1789 hat es in den USA nur wenige Wahlmänner gegeben, die nicht für das Kandidatenteam gestimmt haben, für das sie gewählt wurden. Faktisch gesehen, besteht damit ein gebundenes Mandat und somit eine direkte Volkswahl.³

„Black Vote“:

Der Begriff „*black vote*“ bezieht sich auf afro-amerikanische Wähler. Zwischen 1972 und 2012 haben 82 bis 95 Prozent dieser Wählergruppe bei Präsidentschaftswahlen für einen demokratischen Kandidaten gestimmt. US-Präsident Barack Obama konnte dabei die höchste Mobilisierung afro-amerikanischer Wähler erzielen.⁴

Blue state/ Red state (Blauer Staat/ Roter Staat):

Die Farbe der Demokraten ist blau, die der Republikaner rot. Aufgrund politischer Traditionen fallen viele US-Bundesstaaten deutlich in eines der beiden politischen Lager. Bundesstaaten, die traditionell die Demokraten wählen, heißen deswegen „*blue states*“ – Bundesstaaten, die eher die Republikaner wählen, sind „*red states*“. So fällt beispielsweise Kalifornien in der Regel an die Demokraten, die meisten Südstaaten und große Teile des mittleren Westens eher an die Republikaner.⁵

Brokered Convention:

Ein Präsidentschaftsbewerber benötigt beim Nominierungsparteitag die Mehrheit

aller Delegiertenstimmen aus den Vorwahlen. Wird diese im ersten Wahlgang nicht erreicht, kann die „Bindung“ von Delegierten an einen Kandidaten aus den Vorwahlen gelöst und ein anderes Votum ausgehandelt werden. In der Praxis unterstützen viele schwächere Kandidaten jedoch bereits vor dem Nominierungsparteitag einen aussichtsreicheren Kandidaten.⁶

Caucus:

Neben den „*primaries*“ ist das Caucusprinzip ein Verfahren zur Nominierung von Präsidentschaftskandidaten. Bei dem mehrmonatigen Verfahren werden die Kandidaten von parteiinternen Gremien bestimmt. Es erstreckt sich über mehrere Runden von der lokalen Ebene über die County-Ebene bis hin zur „*state convention*“. Die Ausgestaltung des „caucus“ ist in den Parteien und den Bundesstaaten uneinheitlich geregelt.⁷

Delegierte (Superdelegierte):

Die Delegierten gehen aus den Vorwahlen (*primary/caucus*) hervor. Sie wählen auf dem Nominierungsparteitag den Präsidentschaftskandidaten. Neben den einfachen Delegierten bestimmen die Demokraten noch sogenannte Superdelegierte. Dabei handelt es sich um demokratische Abgeordnete und Senatoren des Kongresses sowie Gouverneure und Bürgermeister, die auf Basis ihres Amtes das Recht erhalten, am Nominierungsparteitag frei abzustimmen. Sie sind nicht an das Ergebnis der Vorwahlen gebunden.⁸

Demokraten:

Die Demokratische Partei ist die ältere der beiden dominierenden Parteien in den USA. Sie ging im frühen 19. Jahrhundert aus Thomas Jeffersons Partei der Demokratischen Republikaner hervor.⁹

Divided Government/Unified Government:

Gehören Präsident und Mehrheit im Kongress unterschiedlichen Parteien an, spricht man von „*divided government*“. In diesem Fall ist die Konkurrenz um politische Themen besonders stark ausgeprägt. Werden Weißes Haus und Kongress von der gleichen Partei "kontrolliert", spricht man vom „*unified government*“. Hierbei hat der Präsident mit dem Sprecher des Repräsentantenhauses einen Verbündeten für seine politischen Initiativen.¹⁰

Early Voting:

Wie auch in Deutschland, kann man in den USA oft schon vor dem tatsächlichen Wahltag wählen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „*voting by mail*“ (Briefwahl) oder „*absentee voting*“, was so viel heißt wie in „Abwesenheit wählen“, ohne persönlich vor Ort zu sein. In den USA wählen rund 25-30 Prozent

der Wähler bereits vor dem Wahltag. In den Staaten Oregon, Washington und Colorado können die Stimmen nur durch Briefwahl abgegeben werden. Daran merkt man, dass die Wahlen in den USA von den 50 Bundesstaaten, dem District of Columbia und den US-Territorien (American Samoa, Guam, Puerto Rico, U.S. Virgin Islands) individuell organisiert werden.¹¹

Election Day:

„*Election Day*“ (Wahltag) für die Präsidentschaftswahlen ist immer der Dienstag nach dem ersten Montag im November. An diesem Tag wählen die Bürger ihre Kandidaten über die Wahlmännerliste ihrer Partei. Jeder Bundesstaat organisiert seine eigene Wahl. Die Wahlmännerliste mit den meisten Stimmen gewinnt und wird zur Liste des jeweiligen Bundesstaates. „*Election Day*“ 2016 ist am 8. November.¹²

Electoral College/Wahlmännerkollegium:

Das „*electoral college*“ besteht aus 538 Wahlmännern und dient der Wahl des US-Präsidenten sowie des US-Vizepräsidenten. Um zu gewinnen muss ein Kandidaten-Team die absolute Mehrheit von 270 Wahlmännerstimmen hinter sich vereinigen. Erreicht kein Team diese Mehrheit, wählt das Repräsentantenhaus den Präsidenten aus den drei Kandidaten mit den meisten Stimmen und der Senat den Vizepräsidenten.¹³

Federal Election Commission (FEC):

Die Federal Election Commission wurde 1975 vom Kongress ins Leben gerufen, um die Finanzierung von bundesweiten Wahlen zu regulieren. Als unabhängige Behörde setzt sie den Federal Election Campaign Act (FECA) von 1971 durch. Die FEC legt Informationen zur Wahlkampffinanzierung offen, setzt gesetzliche Beschränkungen durch und überwacht die öffentliche Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes.¹⁴

Gender Gap (Women Vote):

Seit den US-Präsidentschaftswahlen der 1970er-Jahre beobachten Wahlforscher deutliche Unterschiede, welche Partei bzw. welchen Kandidaten Männer und Frauen unterstützen. Bei den US-Wahlen 2016 wird der „*gender gap*“ Umfragen zufolge so groß sein, wie nie zuvor.¹⁵

Hill-Huntington-Verfahren:

Mit dem Hill-Huntington-Verfahren wird in den USA seit 1941 die Sitzverteilung des Repräsentantenhauses berechnet. Es ist das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren und geht zurück auf den Chefstatistiker des US Census Bureau, Joseph A. Hill. Alle zehn Jahre werden die 435 Sitze im Repräsentantenhaus neu auf die

Bundesstaaten verteilt. Dazu wird jeweils eine Volkszählung durchgeführt.¹⁶

Independent/Third-Party:

Abseits der beiden dominierenden Parteien gibt es weitere Parteien, die mit ihrer Programmatik durchaus Einfluss auf Demokraten und Republikaner nehmen. Erfolgreiche Themen werden dabei meistens zusammen mit der Wählerschaft von den beiden großen Parteien aufgenommen. Bei Präsidentschaftswahlen spielen unabhängige Parteien jedoch fast keine Rolle.¹⁷ Beispiele für unabhängige Parteien sind die Green Party, die Constitution Party und die Libertarian Party.¹⁸

Kongress:

Die USA verfügt über ein präsidentielles Regierungssystem, in dem Exekutive und Legislative institutionell voneinander getrennt sind. Der Kongress hat die legislative Gewalt inne und setzt sich aus zwei gleichberechtigten Kammern zusammen: dem Repräsentantenhaus (House of Representatives) und dem Senat (Senate). Beide Kammern werden unmittelbar vom Volk gewählt und haben daher eine mit dem Präsidenten der USA gleichrangige Legitimation.¹⁹

„Latino Vote“:

Der Begriff „*latino vote*“ bezieht sich auf aktuell 27,3 Millionen wahlberechtigte US-Bürger mit lateinamerikanischen Wurzeln. Knapp die Hälfte von ihnen gehört zur Generation der 18- bis 33-jährigen „Millennials“. Mit insgesamt 57 Millionen Menschen stellen „Latinos“ die größte Gruppe an Einwanderern in den meisten Bundesstaaten dar. Etwa zwei Drittel davon kommen aus Mexiko.²⁰

PAC/Super-PACs:

Political Action Committees (PACs) sind von Interessengruppen gebildete Wahlkampfkomitees, die direkt in die Wahlkämpfe eingreifen. Sie sammeln und verteilen Wahlkampfspenden und stellen den Kandidaten verschiedene Dienstleistungen, wie Meinungsumfragen, Wahlkampfmanager und -helfer oder Wahlwerbung zur Verfügung.²¹ Super-PACs sind vom Kandidaten und seiner Kampagne formell unabhängige Wahlkampfkomitees. Sie können den Wahlkampf mit beliebig hohen Summen, z.B. über Wahlwerbung, beeinflussen.²²

Parteitag (Convention):

Die (Nominierungs-)Parteitage (National Convention) sind politische Großereignisse, bei denen Delegierte aus 50 Bundesstaaten ihren Präsidentschaftskandidaten wählen. Dabei handelt es sich um mehrtägige, detailliert geplante Medienereignisse mit Tausenden von Medienvertretern. Sie dienen ebenfalls zur Abstimmung über den Vizepräsidenten sowie über das Parteiprogramm (*platform*). Letzteres ist auf den

Präsidentschaftskandidaten zugeschnitten, gilt für vier Jahre und hat völlig unverbindlichen Charakter.²³

Poll/Polling:

„Polls“ sind Umfragen zum Wählerverhalten sowie zu politischen Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung. Aufgrund ihres häufigen Einsatzes sowie ihrer Anfälligkeit für Missbrauch durch Manipulationen oder laienhafte Durchführung sind Polls nicht unumstritten. Diskutiert wird auch der Einfluss auf die öffentliche Meinung im Vorfeld der Wahl (z. B. *bandwagon effect*) sowie auf die Entscheidungen von politisch Verantwortlichen.²⁴

Primary (Closed, Open):

„Primaries“ sind parteiinterne Vorwahlen zur Bestimmung eines Präsidentschaftskandidaten. Sie sind in den Bundesstaaten unterschiedlich ausgestaltet. An geschlossenen Vorwahlen (*closed primaries*) können nur registrierte Parteianhänger teilnehmen, bei offenen Vorwahlen können alle registrierten Wähler teilnehmen. Darüber hinaus gibt es noch „*nonbinding presidential primaries*“, wobei die Ergebnisse aus der direkten Vorwahl für die Delegierten nicht verbindlich sind.²⁵ Neben den „*primaries*“ gibt es noch das Caucusprinzip zur Bestimmung des Kandidaten.

Relative Mehrheit:

Bei US-Präsidentschaftswahlen gilt das relative Mehrheitswahlrecht. Danach gewinnt der Kandidat, der die meisten Wahlmänner auf sich vereinigt. Die anderen Stimmen werden nicht gewertet – kommen also dem unterlegenen Kandidaten nicht zugute. So kann es bei knappen Wahlen passieren, dass ein Kandidat gewählt wird, obwohl er bundesweit nicht die meisten Stimmen hat.²⁶

Repräsentantenhaus:

Das Repräsentantenhaus ist neben dem Senat für die Gesetzgebung und die Kontrolle der Exekutive (Präsident) zuständig. Es besteht aus 435 Abgeordneten, die von den Bundesstaaten entsprechend ihrer Bevölkerungszahl entsendet und für zwei Jahre gewählt werden. Nur das Repräsentantenhaus kann Haushaltsgesetze initiieren. Bei schweren Verfehlungen des Präsidenten kann es ein Amtsenthebungsverfahren (Impeachment-Verfahren) einleiten, über das der Senat entscheidet.²⁷

Republikaner/GOP:

Die Republikanische Partei, auch „*Grand Old Party*“ (GOP) genannt, wurde 1854 unter anderem von Abraham Lincoln gegründet. Sie setzte sich im 19. Jahrhundert maßgeblich für die Abschaffung der Sklaverei ein. Heute vertritt die

Partei eine wirtschaftsliberale Politik mit möglichst wenig staatlichen Regulierungen und adressiert damit vor allem konservative Wählerkreise. Sie setzt sich außerdem für eine stärkere Selbstverwaltung der Bundesstaaten, für Steuersenkungen sowie eine stärkere Selbstverantwortung des Einzelnen ein.²⁸

Senat:

Der Senat ist neben dem Repräsentantenhaus für die Gesetzgebung und die Kontrolle der Exekutive (Präsident) zuständig. Er besteht aus 100 Senatoren, die auf sechs Jahre gewählt werden. Jeder Bundesstaat entsendet zwei Senatoren. Vom Präsidenten ausgehandelte völkerrechtliche Verträge müssen vom Senat mit Zweidrittelmehrheit gebilligt werden. Bei der Ernennung von Bundesrichtern, Botschaftern und Regierungspersonal muss der Senat zustimmen.²⁹

„Soccer Mom“ (Security Mom):

Als „*soccer mom*“ werden in den USA Vorstadt-Mütter bezeichnet, die höchstens Teilzeit arbeiten und ihre Kinder häufig zum (Fußball-)Training begleiten. Bei den Präsidentschaftswahlen 1996 wurden „*soccer mom's*“ als entscheidende Gruppe von Wechselwählern diskutiert. Ihr tatsächlicher Einfluss lässt sich aufgrund einer fehlenden klaren Definition nur schwer beziffern und ist zumindest umstritten.³⁰

Super Tuesday:

Am „*Super Tuesday*“ findet eine Vielzahl von Vorwahlen in den unterschiedlichsten Regionen der USA statt. Der „*Super Tuesday*“ gilt für beide Parteien als erste wichtige Richtungsentscheidung für die landesweite Popularität eines Präsidentschaftskandidaten. Er findet in der Regel im Februar oder März vor den Präsidentschaftswahlen statt.³¹

Swing-States/Battleground-States/Purple State:

Im Gegensatz zu „*blue*“ oder „*red states*“ fallen „*swing states*“ mal an die Demokraten und mal an die Republikaner. Sie sind besonders hart umkämpfte Bundesstaaten, deren Wahlergebnis häufig entscheidend ist. Ihnen fällt bei den Präsidentschaftswahlen daher besondere Aufmerksamkeit zu. Wichtige „*swing states*“ sind etwa Florida (mit 29 Wahlmännerstimmen), Pennsylvania (20), Ohio (18), Michigan (16) oder North Carolina (15).³²

Targeting (Zielgruppenansprache):

Das „*targeting*“ bezeichnet die spezifische Ansprache bestimmter Wählergruppen auf Basis von Wahl- und Wähleranalysen. Jede Kampagne muss mit ihren finanziellen und personellen Mitteln haushalten. Daher wird jede Wählergruppe mit der für sie vielversprechendsten Strategie adressiert. Unabhängige oder

Wechselwähler werden im „*ground war*“ möglicherweise von beiden Parteien stärker angesprochen als Stammwähler.³³

Too Close to Call:

Liegen Hochrechnungen oder Prognosen zu nah beieinander, wird die Wahl von Meinungsforschern und Medien häufig als „*too close to call*“ bezeichnet: Ein Wahlsieger kann nicht eindeutig benannt werden. Der Begriff erlangte besondere Bedeutung bei den US-Wahlen 2000, die George W. Bush erst nach mehrwöchigen Nachzählungen in Florida und mit knapp 600 Stimmen Vorsprung für sich entschied.³⁴

Vorwahlen:

Bei den Vorwahlen ermitteln die Parteien ihren jeweiligen Präsidentschaftskandidaten. Es gibt im Wesentlichen zwei Verfahren dafür, die „*primaries*“ und den „*caucus*“. Jeder Bundesstaat hat dabei seine eigenen Wahlgesetze und jede Partei ihre regionalen Eigenarten. In den meisten Bundesstaaten sind die Ergebnisse für die Delegierten bindend für ihr Votum auf dem Nominierungsparteitag.³⁵

Voting Rights Act:

Der *Voting Rights Act* ist ein Bundesgesetz von 1965, das die gleiche Beteiligung von Minderheiten – insbesondere Afroamerikanern – an den US-Wahlen sichern soll. Im Kern enthält es Schutzklauseln vor Wahlpraktiken, die Menschen aufgrund von Rasse, Hautfarbe oder Sprache diskriminieren. Der Supreme Court hob 2013 Paragraph 4b des *Voting Rights Act* auf. Damit mussten dort aufgelistete Bundesstaaten/Counties Wahlrechtsänderungen vom US-Justizministerium freigeben lassen.³⁶

Wählerregistrierung:

Bevor US-Bürger ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen können, müssen sie sich registrieren. Der Registrierungsprozess unterscheidet sich je nach Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten. So wird in Bundesstaaten mit geschlossenen Vorwahlen, neben dem Namen, auch die Parteipräferenz im Wählerverzeichnis dokumentiert. Damit können nur registrierte Parteianhänger bei den Vorwahlen ihrer Partei abstimmen.³⁷

Wählerverzeichnis:

In den USA gibt es keine Meldepflicht und somit kein zentrales Melderegister. Damit fehlt auch die Grundlage für ein zentrales Wählerverzeichnis. Wer in den USA wählen möchte, muss sich daher zunächst in seinem Bundesstaat registrieren. Dabei gelten in allen Bundesstaaten unterschiedliche Regelungen.³⁸

Wahlmänner (Indirekte Wahl):

US-Präsidenten werden indirekt über Wahlmänner gewählt. Jeder Bundesstaat verfügt über so viele Wahlmänner, wie er Vertreter im Kongress hat.³⁹ Maryland z. B. stehen mit zwei Senatoren und acht Abgeordneten im Kongress 10 Wahlmänner zu. Die Wahlmänner werden je nach Bundesstaat unterschiedlich ermittelt. Jeder Präsidentschaftskandidat erhält pro Bundesstaat eine Wahlmännerliste. Stimmt der Bürger eines Staates für einen Kandidaten, so wählt er die Liste der Wahlmänner, die sich auf diesen Kandidaten festgelegt haben.⁴⁰

Winner takes it all-Prinzip/First-past-the-post voting:

Nach dem Winner-takes-all-Prinzip fallen alle Wahlmännerstimmen eines Bundesstaates auf den siegreichen Kandidaten – Damit gilt ein relatives Mehrheitswahlrecht. Die Stimmen für den unterlegenen Kandidaten gehen dabei verloren. Das Prinzip gilt in allen US-Bundesstaaten bis auf Maine und Nebraska. Die Wahlmänner sind im „*electoral college*“ dann faktisch auf ihren Kandidaten festgelegt, allerdings kann dies nicht eingeklagt werden.⁴¹

Zwischenwahlen/Midterm Elections:

Als „*midterm elections*“ werden die Kongresswahlen in der Mitte der Amtszeit eines Präsidenten bezeichnet. Alle zwei Jahre werden das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt. Die „*midterm elections*“ werden traditionell dazu genutzt, um mit der Politik des Präsidenten abzurechnen. Daher besteht für Abgeordnete der Partei des Präsidenten tendenziell ein höheres Risiko, ihren Sitz zu verlieren.⁴²

¹ Chung, Doug J., Lingling Zhang: The Air War versus The Ground Game: An Analysis of Multi-Channel Marketing in U.S. Presidential Elections, in: Harvard Business School Working Paper, Nr. 15-033, Oktober 2014, S. 1-13. <http://nrs.harvard.edu/urn-3:HUL.InstRepos:13350436> (letzter Aufruf 15.09.2016).

² Bendel, Petra: Art. „Basisdemokratie“, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage 2005, S.63.

³ Schultze, Rainer-Olaf: Art. „Electoral College“, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage 2005, S. 182.

⁴ Siehe Statistik in: Clement, Scott: How black voters could determine the 2016 election, in: The Washington Post, 11. Juni 2015, <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2015/06/11/how-black-voters-could-determine-the-2016-election/> (letzter Aufruf 28.09.2016).

⁵ Medick, Veit u.a.: Art. „Endlich verständlich: Trump gegen Clinton - alle Fakten zur US-Wahl. Was sind Swing States?“, in: SpiegelOnline, 21. Juli 2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-wahl-2016-alles-wichtige-zu-trump-gegen-clinton-a-1103503.html#sponfakt=10> (letzter Aufruf 12.09.2016).

⁶ DeSilver, Drew: Contested presidential conventions, and why parties try to avoid them, Pew Research Center, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/02/04/contested-presidential-conventions-and-why-parties-try-to-avoid-them/> (letzter Aufruf: 26.09.2016).

⁷ Schüttemeyer, Suzanne S.: Art. „Caucus“, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage 2005, S. 98; Oldopp, Birgit: Das politische System der USA. Eine Einführung. 2. akt. und überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2013, S. 161 ff.

⁸ Oldopp: System der USA, S. 162.

⁹ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Parteien in den USA, http://www.uswahl.lpb-bw.de/parteien_amerika.html (letzter Aufruf: 12.09.2016).

¹⁰ Informationen zur politischen Bildung (izpb): Politisches System der USA, Nr. 320, 2013, S. 46.

¹¹ Federal Voting Assistance Program (FVAP): About Absentee Voting, <https://www.fvap.gov/info/about-absentee-voting> (letzter Aufruf: 15.09.2016).

¹² Kimberling, William C.: The Electoral College, Information der Federal Election Commission (FEC), 1992, S. 10-12, http://www.fec.gov/pdf/elec_coll.pdf (letzter Aufruf: 15.09.2016).

¹³ Schultze, Rainer-Olaf: Art. „Electoral College“, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage 2005, S. 182.

¹⁴ Federal Election Commission: About the FEC, <http://www.fec.gov/about.shtml> (letzter Aufruf: 23.09.2016).

¹⁵ Chaturvedi, Richa: A closer look at the gender gap in presidential voting, Pew Research Center, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/07/28/a-closer-look-at-the-gender-gap-in-presidential-voting/> (letzter Aufruf: 26.09.2016).

¹⁶ Fehndrich, Martin: Hill/Huntington. Das Divisorverfahren mit geometrischer Rundung, <http://www.wahlrecht.de/verfahren/hill.html> (letzter Aufruf, 28.09.2016).

¹⁷ Oldopp: System der USA, S. 119 ff.

¹⁸ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Parteien in den USA, http://www.uswahl.lpb-bw.de/parteien_amerika.html (letzter Aufruf: 12.09.2016).

¹⁹ Röhrich, Wilfried: Die politischen Systeme der Welt, 4. aktualisierte und überarbeitete Auflage, 2006, S. 26.

²⁰ Krogstad, Jens Manuel: 10 facts for National Hispanic Heritage Month, Pew Research Center, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/09/15/facts-for-national-hispanic-heritage-month/> (letzter Aufruf 28.09.2016); Graw, Ansgar: Die neuen Amerikaner sind links und pazifistisch, WeltN24 Onlineportal, <https://www.welt.de/politik/ausland/article125888427/Die-neuen-Amerikaner-sind-links-und-pazifistisch.html> (letzter Aufruf 28.09.2016).

²¹ Informationen zur politischen Bildung (izpb): Politisches System der USA, Nr. 320, 2013, S. 46.

²² Medick, Veit u.a.: Art. „Endlich verständlich: Trump gegen Clinton - alle Fakten zur US-Wahl. Was sind Swing States?“, in: SpiegelOnline, 21. Juli 2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-wahl-2016-alles-wichtige-zu-trump-gegen-clinton-a-1103503.html#sponfakt=8> (letzter Aufruf: 12.09.2016).

²³ Oldopp: System der USA, S. 163; Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Nominierungsparteitage, <http://www.uswahl.lpb-bw.de/nominierung2016.html> (letzter Aufruf: 12.09.2016).

²⁴ Zinterer, Tanja: Art. „Umfrageforschung“, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Lexikon der Politikwissenschaft, Band 2, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage 2005, S. 1047 f.

²⁵ Oldopp: System der USA, S. 159 ff.

²⁶ Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): The Winner takes it all? Das Wahl- und Parteiensystem der USA, <http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10667/wahl-und-parteiensystem?p=all> (letzter Aufruf: 13.09.2016).

²⁷ Oldopp: System der USA, S. 29-33.

²⁸ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Parteien in den USA, http://www.uswahl.lpb-bw.de/parteien_amerika.html (letzter Aufruf: 12.09.2016).

²⁹ Oldopp: System der USA, S. 29-33.

³⁰ MacFarquhar, Neil: Art. „What's a Soccer Mom Anyway?“, New York Times, 20. Oktober 1996, <http://nyti.ms/2cJCBzk> (letzter Aufruf: 26.09.2016).

³¹ SpiegelOnline: Wie funktioniert der Super Tuesday?, 1.3.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-vorwahlen-was-ist-der-super-tuesday-a-1080043.html> (letzter Aufruf: 12.09.2016).

³² Izpb: Politisches System der USA, Nr. 320, 2013, S. 33.

³³ Panagopoulos, Costas und Peter W. Wielhouwer: Polls and Elections: The Ground War 2000-2004: Strategic Targeting in Grassroots Campaigns, in: Presidential Studies Quarterly, Vol. 38, Nr. 2 (Juni 2008), S. 347-362, hier S. 352 ff.

³⁴ Norris, Pippa: Too Close to Call: Opinion Polls in Campaign 2000, <https://www.hks.harvard.edu/fs/pnorris/ Acrobat/Campaign2000Editorial.pdf> (letzter Aufruf: 26.09.2016).

³⁵ Oldopp: System der USA, S. 161 ff.

³⁶ Coleman, Kevin J.: The Voting Rights Act of 1965. Background and Overview, Congressional Research Service, <https://fas.org/sqp/crs/misc/R43626.pdf> (letzter Aufruf: 26.09.2016).

³⁷ Oldopp: System der USA, S. 161 f.

³⁸ Rahmann, Tim: Sind die US-Wahlen undemokratisch?, in: Wirtschaftswoche Onlineportal, <http://www.wiwo.de/politik/ausland/kritik-an-den-usa-verzerrt-das-wahlmaenner-gremium-die-wahl/7345004-2.html> (letzter Aufruf, 28.09.2016).

³⁹ Schultze, Rainer-Olaf: Art. „Electoral College“, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage 2005, S. 182.

⁴⁰ Oldopp: System der USA, S. 164 f.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd., S. 179.